

# Briefetel-Bote

Der „Briefetel-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 1/4 Mark, monatlich 7 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 1/2 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birtenwerder, Bahnhofstraße 5 und von allen Anzeigen-Ergebnissen angenommen. Die festgesetzte Preiskategorie ist 0 Pfennig bis 10 Pfennig. 50 Pfennig.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briefe, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Sernprediker: Amt Birtenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetelbote, Birtenwerder

**Alleiniges** amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birtenwerder. Anzeigenpreis für die neugegründete Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamazeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 85. Postfach-Konto: Berlin 62.448 **Dienstag, den 1. Juli 1924** Postfach-Konto Berlin 69.448. 23. Jahrg.

### Einer ruiniert den andern.

Von Poincaré haben wir gewiß keinen Anlaß, etwas Gutes zu reden, aber der Mann wußte, was er wollte. Von seinem Nachfolger, der erst einen knappen Monat im Amte ist, kann man das nicht sagen, er will demokratisch sein, und dabei ist sein Wesen sehr hart mit autoritären Grundzügen vermischt. Er paßt zu seinem englischen Kollegen Macdonald, sie sind alle beide Grümlinge, die in der praktischen Staatskunst noch viel zu lernen haben, sich dabei aber noch so ungeheuer zeigen, daß einer den Ruf des andern ruiniert. Für die auswärtige Politik haben die radikalen Minister keine Veranlassung. Macdonald wußte von Woche zu Woche weiter, bei Herriot wird nicht viel anderes herauskommen, und eines Tages werden sie gefallene Größen sein. Sie imponieren nicht. Das kann man in London schlecht betragen und in Paris schon gar nicht.

Die Phrase vom moralischen Pakt, die Herriot gegenüber Macdonald mit großem Pathos zur Anwendung brachte, und die der Engländer mit einem „All right“ (es stimmt) hinahm, wußte er in seiner Reuezeit nur die landläufige britische Redensart zu erwidern wußte, ist ein Zeichen dafür, wie wenig die beiden Ministerpräsidenten zu tatsächlichen Entschlüssen gekommen sind. Eingehendes Bündel von Meinungen, das als reelle Wahrheit gelten sollte, war mehr der Ausdruck der bestehenden Wünsche und Hoffnungen, als die Grundlage neuer Pläne oder eines kommenden Programms, und der Umfall Macdonalds nach der französischen Seite hin ist mehr ein Versuch, den Gast aus Paris zum Vertrauen zu stimmen, als ein Entschluß, unter allen Umständen mit ihm Recht in Arm zu geben. So ist man denn nirgends recht zufrieden.

Eine Uebererregung bedeutet dieser Wandel gerade nicht, denn nach jeder Konferenz oder Besprechung ist es so gewesen. Immer war es wieder anders, als offiziell vorher behauptet worden war. Und darauf wurde wieder zum Guten geredet, es sei ja gar nicht so schlimm, wie es zuletzt gemacht worden sei und werde sich schon wieder zum Besseren wenden. So wird es auch jetzt abwärts kommen, und das Ende vom Liede wird sein, daß das Parlament in London und die Deputiertenkammer in Paris ihrer Meister überdrüssig sein werden.

Es erübrigt sich, zu fragen, worin sich Herriot und Macdonald in London nicht haben einigen können, man kann vielmehr um Auskunft bitten, worin eine wirkliche Verständigung erfolgt ist. Da wird das Ergebnis verzeiwelt mager ausfallen, denn überall stellen sich noch Bedenken und Meinungsverschiedenheiten ein. Das Dawes-Gutachten widerspricht nach Macdonalds Uebersetzung mehrfach dem Versailler Vertrag, mit dem Defensivbündnis und anderen Sicherheiten ist es noch nichts, der Termin für die Räumung des Ruhrgebietes liegt noch in der Luft, und die Reparationen sind erst recht ein ungelöstes Rätsel.

Die Klust zwischen den wirtschaftlichen und politischen Interessen in England und in Frankreich ist so groß, daß darüber keine Brücke geschlagen werden kann. Alle Besprechungen schaffen diese Klust nicht aus der Welt, denn die französischen Wähler laufen letzten Endes darauf hinaus, England von Zentral-Europa fern zu halten und Frankreich die Vorherrschaft über Europa zu sichern, wie es der erste Napoleon wollte. Wm.

### Die Justizdebatte.

Aus dem preussischen Landtag.

Berlin, 27. Juni.

In der heute fortgesetzten Justizdebatte bedauert Abg. Eichhoff (D. Sp.) die Herabsetzung der Altersgrenze für Richter, erklärt sich aber im übrigen für die Reichsjustizreform. Die Annahmeentwürfe seien abzulehnen weil dadurch das Vertrauen in die Strafrechtspflege erschüttert werde. Abg. v. Wangenheim (Dt.-Dann.) spricht dem Justizminister sein Mißtrauen aus, weil ihm unerkletzte hohe Justizbeamte, wie der Oberlandesgerichtspräsident in Celle, durch Auflösung von Plakaten in der Abstimmungs-kamp in Hannover politisch eingegriffen hätten.

Justizminister v. Behnke erwidert, auf eine Anfrage sei von dem Oberlandesgerichtspräsidenten die Antwort eingegangen, das Aufhängen von Plakaten sei im Einverständnis mit dem Oberpräsidenten Kosse geschehen; ein nachträgliches Entfernen aber hätte als Beantwärtung der Abrennungsbestrebungen angesehen

werden können, und dieser Standpunkt sei nicht zu missbilligen. Abg. Brückner (Soz.) unterrichtet die von seinem Fraktionsfreund Kuttner am Vortage geäußerte Kritik an der preussischen Rechtspflege und fordert weiter Ausbau der Befähigungsfrist und sonstige Maßnahmen gegen die Ueberfüllung der Gefängnisse und Strafanstalten. Abg. Kaufmann (Dnt.) polemisiert gegen die Abgeordneten Kuttner und Dösch. Als er erklärt, der Abg. Dösch habe Unmenschlie für alle Möbeler und Beebrücker gefordert, kommt es zu großen Lärmereien.

Abg. Meyer-Herford (D. Sp.) fordert Rückseite als Maßstab für die Auswahl der Richter. Abg. Mengel-Salle (Komm.) fordert, daß von dem Wegnahmeverbot umfangreicher Gebrauch gemacht werde.

Nachdem ein Regierungsovertreter kurz geantwortet hatte, kam es bei Ausführungen des Abg. Kuttner, der sich gegen den Vorwurf des Abg. Dr. Kaufmann, er habe sich mangelnden Mutes schuldig gemacht, verteidigt, und nähere Einzelheiten aus seinem Prozeß gibt, bei dem es sich um die Erschießung eines Arbeiters handelt, zu stürmischen Ausdeutungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die in Handgreiflichkeiten auszuarten drohten.

Vizepräsident Dr. Forst brachte darauf die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

### Die Notlage der Ausgewiesenen.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 28. Juni.

Ein Antrag der Nationalsozialisten verlangt, daß die Privatklageverfahren der Bankiers Dr. Karl Meißner und Max Warburg in Hamburg gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Theodor Fritsch für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden sollten. Der Geschäftsausschluß hat demgemäß entschieden.

Nach längerer Aussprache, an der sich die Abg. Basse (Soz.), Hennig (Nat.-Soz.), Dr. Haas (Dem.) und Roth (Nat.-Soz.) beteiligten, wird mit 128 Stimmen der Mittelpartei und der Sozialdemokraten gegen 124 Stimmen die Rückverweisung des Antrages an den Ausschuß beschlossen.

Einstimmig beschlossen wird die Einstellung des Verfahrens gegen die kommunistischen Abg. Buchmann, Florin und Schiedt wegen Teilnahme an einer Konferenz der in Bayern verbotenen kommunistischen Partei.

Auf der Tagesordnung steht dann die Interpellation Kroll (Dem.) über die Notlage der Ausgewiesenen und der in den besetzten Gebieten Verbliebenen. Verbunden damit wird ein Antrag des Zentrum auf Einsetzung eines Sonderausschusses zur Lebenserhaltung der Flüchtlinge für die aus dem besetzten Gebiet Vertriebenen, ferner ein sozialdemokratischer Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Nachprüfung der Richtlinien für die Verteilung der aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen.

Abg. Kroll (Dem.) schildert die drückenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Ruhrkampfes. Der Weber fordert Bestätigen für Ausgewiesene, die gegenwärtig viel zu gering sind. Die Reichsbahn verweigere den Gemeinden des besetzten Gebietes in dessen die Zahlung der Gemeindegrundsteuer, weil sie den Betrieb nicht ausführe. Die Städte mit großen Besatzungen und Behörden seien infolge der weitgehenden Beschlagnahme von Schulen mit der Durchführung des Unterrichts in großen Schwierigkeiten.

Abg. Esser (Ztr.) erinnert an Anfragen der Regierung, denen die Erfüllung oft geschieht habe. Bedauerlich sei die bürokratische Verschleppung bei den Entschädigungen. Abg. Dr. v. Dyander (Dnt.) nennt Rhein und Ruhr den Brennpunkt unserer Politik, das Schicksal des deutschen Volkes. Für die Rückkehr der Ausgewiesenen muß von den Vorkämpfern der Nationalsozialisten und dem Reich gemeinsam gearbeitet werden. Abg. Solmann (Soz.) spricht der französischen Demokratie Dank aus für ihre Kultur. In der Ermöglichung der Rückkehr der Ausgewiesenen. Die Annahme der Sachverständigen-Gutachten bedeutet noch keinen Frieden, nur einen Waffenstillstand.

Minister für die besetzten Gebiete Dr. Hoeft gibt zu, daß Ausnahmefälle auch Ausnahmehandlungen erfordern. Er teilt dann mit, daß General Douglas berichtet habe, daß die aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen, deren Zahl 142.000 beträgt, zurückkehren können, mit Ausnahme von 75 namentlich aufgeführten Personen, meist höheren Beamten und Angehörigen der Minister betont die Schwierigkeiten, die sich einer ausreichenden Hilfeleistung des Reiches für die

Bevölkerung des besetzten Gebietes entgegenstellen. Er geht dann auf die einzelnen Maßnahmen der Regierung ein und gibt der Erwartung Ausdruck, daß nach dem Abbau der Krieges- und Besatzungsschäden schneller und wirksamer als bisher ausgeglichen werden können.

Abg. Florin (Komm.) behauptet, daß die französischen Militärs in erster Linie die Kommunisten im besetzten Gebiet verfolgten. Abg. Dr. Halle (D. Sp.) dankt den Rheinländern für ihr treues Ausharren. Dem besetzten Gebiet dürfe nicht nur mit Worten, sondern ihnen müsse mit der Tat geholfen werden. Abg. v. Ramin (Nat.-Soz.) betrachtet es als eine Schande, daß Deutschland sich die unerhörten Gesandten-Mißhandlungen im besetzten Gebiet immer wieder gefallen lasse. Abg. Dr. Bayeröderfer (Bayr. Sp.) beklagt die bürokratische Einstellung der Behörden zu den Leiden des besetzten Gebietes.

Damit schließt die Aussprache. Sämtliche Anträge werden einem neu zu bildenden Ausschuß für die besetzten Gebiete überwiesen. In dritter Lesung angenommen werden die Wirtschaftsverträge mit Litauen und Estland.

### Aufwertungsfragen.

Auf der Tagesordnung stehen dann neun Anträge aller Parteien, die Aufwertungsfragen betreffen.

Abg. Herzt (Dnt.) fordert die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung. Es sei ungerecht, daß die Gläubiger, namentlich die Hypothekengläubiger, anscheinend die ganze Last des Krieges tragen sollen. An der dritten Steuernotverordnung sei die Regierung gescheitert und habe den Reichstag aufgelöst, aber die Gegner dieser Verordnung seien gestürzt in den Reichstag zurückgekehrt.

Abg. Dr. Herz (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag, wonach die Par. 26 bis 32 der dritten Steuernotverordnung über die Mittelsteuer aufgehoben werden.

Abg. H. Klein (Komm.) erobert in dem Kampf der bürgerlichen Parteien lediglich eine Klarifizierung der Massen, welche als Stimmloch mißbraucht werden.

Abg. Düringer (D. Sp.) hebt hervor, daß die Aufwertungsfrage keine Folge der Interessentenpropaganda sei, sondern eine Folge der Steuerpolitik der letzten Jahre, die eines Rechtsstaats unwürdig sei. Nach weiteren Ausführungen der Abg. Herzenbach (Ztr.) Feder (Nat.-Soz.), Dornburg (Dem.) und Eminger (Bayr. Sp.) gehen die Anträge an einen Ausschuß. Dann vertagt sich das Haus auf unbestimmte Zeit.

### Allerlei aus aller Welt.

• **Vom Blitz erschlagen.** In der Gegend von Madou in der Altmark wurden beim Heuen die Leichen des Landwirts Gröbler und ein 20-jähriges Mädchen von einem Gemitter überfahren. Die beiden Mädchen wollten in eine Scheune flüchten. Da traf sie der Blitz und erschlug beide. — In der Nähe des Birtenwäldchens, am früheren Truppenübungsplatz Altengrabow, schlug der Blitz in die Schafherde des Gutsherrn Schiedt. 40 Schafe wurden getötet. Der Schäfer und sein Hund blieben längere Zeit bewegungslos, konnten dann aber wieder ins Leben zurückgerufen werden.

• **Aufdeckung alter Kriegergräber.** Bei Mauden in der Nähe von Halle wurden bei Baggerarbeiten Kriegergräber aus dem Jahre 500 nach Christi Geburt aufgedeckt. Skelette und Waffen sind noch sehr gut erhalten. Sie sollen in das Provinzialmuseum nach Halle gebracht werden. Anschließend handelt es sich um Befallene aus den Frankenkämpfen gegen die Slawen.

• **Ende des Gastwirtstages.** Der Deutsche Gastwirtstag schloß in Karlsruhe mit der Annahme von Anträgen, die auf Beseitigung der Weinsteuern, Ermäßigung der indirekten Steuern und Herabsetzung der Vermögenssteuer abzielen und für die beschlagnahmen Gasthäuser im besetzten Gebiet Entschädigungen fordern. Im Laufe der Verhandlungen trafen 500 Gäste aus der Pfalz ein, die von der Versammlung aufs wärmste begrüßt wurden.

• **Große Raubunterdrückung eines Diebstahls.** Beim Postamt in Haspe sind große Raubunterdrückungen festgestellt worden. Als Täter wurde der Oberpostsekretär Martens ermittelt. In seiner Wohnung fand eine Hausdurchsuchung statt, wobei ein ganzes Warenlager entburt wurde, zu dessen Fortschaffung man ein Lastauto benötigte. Die Diebstahls